

Islamismus. Den Phänomenbereich umfassend erkennen – freiheitsfeindlichen Bestrebungen entschlossen entgegenzutreten

Dieses Dokument ist Teil einer Reihe von Positionspapieren bzgl. demokratiegefährdender Erscheinungen. Das Positionspapier behandelt das Thema Islamismus, nicht das Thema Islam. Eine muslimenfeindliche Vereinnahmung von Kritik an islamistischen Erscheinungen ist vehement abzulehnen und entschieden entgegenzuwirken.

1. Bewusstsein für den Begriff „Islamismus“ schaffen

Die meisten Menschen verbinden mit dem Schlagwort „Islamismus“ gewalttätigen Dschihadismus. Islamismus beginnt jedoch nicht erst bei dschihadistischer Gewalt. Islamisten richten sich gegen die Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratische Grundordnung und legitimieren ihre Haltung durch Bezugnahme auf den Islam. Sie lehnen grundgesetzliche Werte, wie das Prinzip der Säkularität, der Gleichberechtigung, der Religionsfreiheit und der sexuellen Selbstbestimmung ab.

Islamismus gliedert sich in zwei Erscheinungsformen: Den Dschihadismus, d.h., dass die Ziele durch Gewaltanwendung erreicht werden sollen und den Politischen Islam. Letzterer agiert legalistisch, d.h., er nutzt die Möglichkeiten, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung bietet, um sie letztendlich zu Gunsten einer Gesellschaft abzuschaffen, welche dem religiös-politischen Weltbild der Islamisten entspricht.

Auch, wenn freiheitsfeindliche Ideologien gewaltlos propagiert werden, können diese – wie alle faschistoiden Weltbilder – in Gewalt münden.

2. Wissenschaftliche Forschung zum Themengebiet ausbauen

In Deutschland ist in Wissenschaft und Zivilgesellschaft nur punktuell Expertise bzgl. Islamismus vorhanden. Weder gibt es einen ausreichenden Überblick über die unterschiedlichen Phänomenbereiche des Islamismus, noch ist Islamismus an den meisten Universitäten ein Thema. Dies muss schnellstmöglich

geändert werden, sonst verbleiben die Diskussionen zwangsweise auf spekulativem Niveau.

Hier wäre es unserer Ansicht nach sinnvoll:

- a) eine Dokumentationsstelle bzgl. Politischem Islam, nach Vorbild des österreichischen Integrationsministeriums, einzurichten, die der Zivilgesellschaft Wissen und Analysen zur Verfügung stellt.
- b) eine Studie, welche die Rolle von Moschee- und Kulturvereinen im Hinblick auf Integration untersucht, ist dringend notwendig. Politik und Zivilgesellschaft müssen wissen, wo in diesem Bereich Chancen und Risiken liegen.

Der Stellenwert antisemitischer und sog. „antizionistischer“ Haltungen sollte dabei Berücksichtigung finden.

3. Opfern islamistischer Gewalt Betreuung und Sicherheit bieten / Betreuungsangebote für Opfer islamistischer Gewalt ausbauen

Opfer islamistischer Gewalt sind meist Mitglieder der eigenen Communities bzw. Familienmitglieder. Die Mehrheitsgesellschaft bekommt davon i.d.R. nichts mit. Übergriffe auf beispielsweise Homosexuelle und Frauen, die sich den Zwängen der Familie entziehen wollen, sind Realität. Oftmals dienen dabei ein problematischer Ehrbegriff und strenge patriarchalische Familienstrukturen als Ausgangspunkt. Es braucht daher dringend Beratungshilfen und Angebote für Einzelpersonen, die, über Frauenhäuser hinaus, Schutz schaffen. Reguläre Opferberatungsstellen bieten eine erste Anlaufmöglichkeit, erfüllen jedoch dauerhaft nicht den Zweck. Es braucht spezifizierte Angebote für dieses Problem, die den individuellen Herausforderungen und sprachlichen Hürden gerecht werden.

4. Freiheitsfeindliche Bestrebungen des Politischen Islams ernst nehmen / keine doppelten Standards für Legalisten

Islamismus beginnt nicht erst bei Dschihadismus. AkteurInnen des Politischen Islams lehnen unsere Verfassung mit ihrer säkularen Rechtsordnung ab. LegalistInnen halten sich dabei zwar vordergründig an die bestehende Rechtsordnung, nutzen demokratische Strukturen jedoch als Deckmantel für ihre Agenda. Schließlich wollen sie eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft in eine mit dem islamistischen Religionsverständnis konforme verwandeln.

Dabei wird häufig eine zwiengesichtige Kommunikation betrieben: Während nach außen hin interreligiöser Dialog, sowie die Werte der FDGO bzw. des Grundgesetzes propagiert werden, wird nach innen gegen die Mehrheitsgesellschaft gehetzt und integrationsfeindliche Agitation betrieben. Die Politik und Zivilgesellschaft grenzen sich zurecht gegen Rechtsextremismus ab. Abgrenzung und Kampf gegen den Politischen, legalistischen Islam sind ebenso dringend notwendig.

5. Konservative Islamverbände hinterfragen - MuslimInnen mit aufgeklärtem Religionsverständnis stärken

Während einzelne Islamverbände den Anspruch erheben für die Mehrheit der Muslime in Deutschland zu sprechen, ist der Großteil der hier lebenden Muslime nicht in diesen Verbänden organisiert. Daher muss

davon ausgegangen werden, dass die Verbände nicht die Mehrheitsmeinungen dieser MuslimInnen vertreten. Einige Islamverbände haben Mitgliedsverbände, die der Verfassungsschutz als islamistisch bzw. rechtsextrem einstuft. Die Zusammenarbeit - auch im Bereich der Integration - mit derartigen Organisationen muss schnellstmöglich gestoppt werden, wenn grundgesetzliche Werte als „unislamisch“ stigmatisiert werden. Ein unkritischer Dialog mit legalistischen, islamistischen Gruppierungen wertet diese unnötig auf. Organisationsversuche von MuslimInnen mit einem aufgeklärten Religionsverständnis, unabhängig der etablierten Verbände, müssen dringend politisch und gesellschaftlich gefördert werden. Wir fordern daher eine verstärkte Imam-Ausbildung in Deutschland, die, losgelöst von islamistischen oder nationalistischen oder diesen nahen Verbänden erfolgt.

6. Zivilgesellschaft und Behörden weiter sensibilisieren und Kompetenzen stärken

Zum Themengebiet „Islamismus“ gab es lange Zeit Nachholbedarf im Bereich der Sicherheitsbehörden. Es braucht genügend Personal, das mit dem Phänomenbereich vertraut ist und die jeweiligen Sprachen spricht. Zusätzlich braucht es ausreichende rechtliche Befugnisse. Diese müssen nötigenfalls an die technische Entwicklung und faktischen Erfordernisse angepasst werden.

Wenn Fehler im Bereich der Behörden geschehen, müssen diese vorbehaltlos aufgeklärt, Schwachstellen beseitigt und ggf. Verantwortliche in die Pflicht genommen werden. Aber vor allem die Zivilgesellschaft ist gefragt, denn es ist die Verantwortung jedes Einzelnen, sich jeglichen verfassungsfeindlichen Aktivitäten entgegenzustellen. Diese Verantwortung sollte durch die Politik gefördert werden.

7. Antisemitismus und Antizionismus als ideologisches Kernelement erkennen

Antisemitismus, der oft im Gewand des sog. „Antizionismus“ zutage tritt, ist häufig Kernelement islamistischer Ideologie. Schon die Gründungsväter von zwei der größten islamistischen Strömungen in Deutschland, der Muslimbruderschaft und Milli Görüs, sind für ihre antisemitischen Aussagen bekannt. Diese werden in den jeweiligen Strömungen in keiner Weise kritisch diskutiert. Ganz im Gegenteil: Hassan al-Banna und Necmettin Erbakan werden bis heute unkritisch verehrt. Auch schiitische Gruppierungen verbreiten, unter Einflussnahme des iranischen Regimes, antisemitische Propaganda.

8. Islamistische Strukturen isolieren / Möglichkeiten des Rechtsstaates anwenden

Islamistische Strukturen agieren in Deutschland nicht nur im Verborgenen. Sie sind gut mit der Politik vernetzt und erhalten teils öffentliche Fördergelder (legalistisches Agieren). Durch Kooperationen wertet man diese Gruppierungen massiv auf. Moscheen oder Kulturvereine, in denen klare Bestrebungen gegen die FDGO stattfinden, müssen schnellstmöglich geschlossen werden. Finanzierungsquellen gilt es auszutrocknen. Wenn in Moscheen oder Kulturvereinen freiheitsfeindliche Bestrebungen bekannt werden, sind Vereins- oder Betätigungsverbote zu prüfen.

Imame mit Kontakten oder inhaltlicher Nähe zu Terrororganisationen müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden; solche ohne deutsche Staatsbürgerschaft, wenn angemessen und rechtlich möglich, ausgewiesen werden.

9. Zusammenhang von Islam und Islamismus thematisieren

Freiheitsfeindliche Ideologieformen beginnen nicht im Extremismus, sondern haben ihren Ursprung bereits teilweise in der Mitte der Gesellschaft. Das gilt für rechtsextremes Gedankengut wie für den Islamismus. Weil sich Islamisten auf ein problematisches, fundamental-religiöses Verständnis des Islam berufen, wäre hier eine primär innerislamische Debatte, in der die Stimmen der Aufklärung breite Akzeptanz finden, wünschenswert.

10. Zusammenhang von Islamismus und Organisierter Kriminalität aufklären

In der Vergangenheit waren islamistische Akteure oft in Strukturen der Organisierten Kriminalität eingebunden. Dies z.B. im Fall Anis Amri. Auch die Hisbollah ist bekannt dafür in Europa über kriminelle Strukturen und Drogenhandel Geld zu erwirtschaften. Die Überlappung dieser Phänomenbereiche ist äußerst gefährlich. Über den Verkauf von Drogen oder Geldwäsche kann z.B. die Beschaffung von Waffen, aber auch die Struktur terroristischer Gruppierungen finanziert werden. Dieser Zusammenhang muss schleunigst verstärkte Aufmerksamkeit erfahren.

11. Bewusstsein für innenpolitische Wirkung außenpolitischer Entscheidungen schaffen

Außenpolitische Entscheidungen haben nicht nur symbolische Kraft für innenpolitische Prozesse. Menschenrechte, Freiheit und Demokratie sollten die Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik sein. Daher ist jegliche Kooperation mit islamistischen Regierungen zu hinterfragen. Die Unterstützung säkularer Bewegungen sollte daher Grundsatz deutscher Außenpolitik werden. So senden die außenpolitische Positionierung gegenüber dem iranischen Regime, der Umgang mit der türkischen Regierung und die Zurückhaltung hinsichtlich der Kritik an der Hamas nicht nur ein Signal nach außen, sondern auch ins Innere der deutschen Gesellschaft.

Die Finanzierung muslimischer Organisationen, Veranstaltungen und Strukturen aus dem Ausland müssen transparent sein und überwacht werden können.

12. Präventionsprogramme und Deradikalisierung stärken

Der Kampf gegen Extremismus ist ein Kampf um jedes einzelne Individuum. Es muss alles unternommen werden, dass Menschen gefestigt genug sind, um sich nicht zu radikalieren. Präventions- und Deradikalisierungsprogramme müssen dringend ausgebaut werden. Radikalisierte Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder berechtigtem Aufenthalt müssen dringend dazu angehalten werden, die Möglichkeiten zur Deradikalisierung und (Re)Integration in die Gesellschaft zu nutzen. Es braucht dazu ein bundesweit einheitliches Konzept, welches zielgruppengerecht individualisiert werden kann.